

Ein Programm ist nicht immer ein Programm. Bemerkungen zum Fachinformationsprogramm der Bundesregierung 1985-88

Rainer Kuhlen, Konstanz

Der Artikel enthält eine kritische Sicht des Fachinformationsprogramms 1985-1988 der Bundesregierung, ein halbes Jahr nach seiner Veröffentlichung. Das Programm ist nur beschränkt ein Programm. Das ganze Gebiet der Information in einer modernen Gesellschaft umfasst es nicht: Information im Sinne der Informationswissenschaft. Der ökonomistische Grundansatz schneidet kreative Bereiche der Fachinformation (z.B. der Geistes- und Sozialwissenschaften) heraus. Politischer Planungsbedarf zur Gestaltung einer Informationsgesellschaft bleibt bestehen.

„Fachinformation“, das Programm der Bundesregierung mit der Laufzeit 1985-88, ist ein halbes Jahr alt. Mit ihm setzt die Bundesregierung die Kontinuität des staatlichen Engagements für Information und Dokumentation, heute: Fachinformation fort. Ob unter sozial-liberaler oder liberal-konservativer Regierung, Fachinformation bleibt ein politisches Thema und ist weiter politisch förderungswürdig (jetzt mit einem Volumen von etwa einer Milliarde DM). Der Topos von Information als „Produktionsfaktor“ oder „Rohstoff“ - so irreführend er auch ist, denn Information bekommt ihren Wert ja gerade erst als veredeltes, dem jeweiligen Zweck angepasstes Produkt - trägt weiterhin, zumal die politisch gewünschte ökonomische Assoziation sich dabei zwangsläufig einstellt.

Für eine historisch-kritische, distanziert abwägende Darstellung ist es noch zu früh, zumal Implementierungsergebnisse noch kaum zu verzeichnen sind. Gefragt sind zurzeit noch Meinungen, die damit zugleich auch Orientierung in einer momentan kritischen Situation der Fachinformation sein können. Das Programm scheint das Schicksal zu haben, dass es niemand liebt, dass man sich nicht mit ihm

identifizieren mag. Es gehört quasi zum guten Ton, es so gerade zähneknirschend zu akzeptieren. Das kann ja nicht nur bloßer Undank gegenüber den Politikbürokraten sein, die es unter gewiss schwierigen Bedingungen geschafft haben, ein Programm der Regierung und weiten Teilen der Praxis schmackhaft zu machen.

Vielleicht haben viele, die mit Information zu tun haben, das Gefühl, dass sich in unserer Zeit durch die fortschreitende und fast durchgängige Informatisierung Epochemachendes ereignet. Die Wortprägungen „Informationsgesellschaft“ oder „informatisierte Gesellschaft“ mit ihren positiven und negativen Konnotationen haben auch das Dokumentations- und Informationsgebiet dramatisiert. Und nun die Enttäuschung, dass alles doch wieder recht trivial ist. *Es geht nach wie vor um Informationsbanken und um einen zäh sich entwickelnden Informationsmarkt.*

Das folgende ist ein kleiner Versuch der Rekonstruktion des Unbehages, geschrieben in der Form eines vermutlich recht subjektiven Kommentars eines „interesselosen“ Hochschullehrers, der sich auf die „Freiheit der Feder“ berufen kann und nichts machen muss, im Gegensatz zu einem Ministerialreferenten, der beim Anfertigen einer Kabinettsvorlage, die zu einem Programm führen soll, u.a. Rahmenbedingungen, wie das politische Klima einer reaganistischen/thatcheristischen Wirtschaftspolitik berücksichtigen, Zeitwänge und historisch gewachsene Verpflichtungen beachten und Mühsale der interministeriellen positiven Koordination überstehen muss.

Ich habe versucht, die Subjektivität der eigenen Aussage dadurch zu mildern, dass ich auf die bisherige Resonanz und auf frühere Stellungnahmen (auch zum Teil zu Vorentwürfen des Programms) eingegangen bin, soweit sie mir bekannt wurden. Einer Bitte an Fachkollegen um Überlassung von Material wurde weitgehend entsprochen. Das ist am Ende dokumentiert und mag zum eigenen Weiterstudieren und zum Knüpfen von Kontakten anregen.

Eine letzte Vorbemerkung, die schon zum Thema gehört: Wenn oben von einer problematischen Situation der Fachinformation in der Bundesrepublik Deutschland gesprochen wurde, dann bezieht sich das wesentlich auf die Lage der Gesellschaft für Information und Dokumentation (GID), deren Planung und Realisierung wesentlicher Programmpunkt des IuD-Programms von 1974 war. Im Fachinfor-

mationsprogramm wird nach den kritischen Empfehlungen des Wissenschaftsrates vom November 1984 und auch nach den (allerdings für das Programm nicht mehr auswertbaren) Formulierungen der von N. Szyperski geleiteten „Konzept-Kommission GID“ vom Mai 1985 nur lakonisch konstatiert: „Auf der Grundlage dieses Konzeptes [der Konzept-Kommission, R.K.] werden der Bund und die beteiligten Länder über die weitere Entwicklung der Einrichtung entscheiden“ (S. 65; bloße Seitenzahlen beziehen sich im folgenden stets auf das Fachinformationsprogramm).

Hoffentlich entscheiden sie auch bald. Eine leistungsfähige Infrastruktur gehört zum Gebiet der Fachinformation. Davon wird auch der Erfolg des Programms abhängen. Die Gutachter des Wissenschaftsrates haben die damalige GID nicht kritisiert, um sie handlungsunfähig zu machen, sondern um einen konstruktiven Neuanfang zu ermöglichen. Dazu brauchte es ein entschlossenes politisches Management. Angesichts des bisherigen Zauderns, einer nicht erkennbaren Perspektive und angesichts der fehlenden Transparenz von Seiten der Ministerialbürokratie auf Unterabteilungsebene im Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT) kann man von entschlossenem und fähigem Management kaum sprechen. Dies könnte auch für das gesamte Programm bedenklich sein, denn auch das gleiche Management ist ja auch für andere zentrale Fachinformations-Institutionen und die Implementierung des gesamten Programms beaufsichtigend und planend zuständig.

Am Vorwort des Bundesministers für Forschung und Technologie in der jetzigen Bundesregierung, Heinz Riesenhuber, ist die Schwierigkeit abzulesen, welche die Wissenschaft mit dem Fachinformationsprogramm der Bundesregierung in der Planungsphase gehabt und wohl auch trotz partieller Nutznießung in der Implementierungsphase haben wird. Den Minister lässt man erwähnen, dass ein Ausschuss mit Vertretern aller Bereiche das Programm beraten und seine Verabschiedung empfohlen habe. Und es werden aufgezählt: „Verlage, Buchhandel, Fachinformationseinrichtungen, Bibliotheken, wissenschaftliche Gesellschaften, Verbände, Informationsvermittler“. Es fehlen die Wissenschaftler. Zwar haben auch sie in zwei Hearings beraten, aber zugestimmt, wohl als einzige Zielgruppe - und deshalb ist sie wohl vergessen worden - haben sie nicht. Ganz im

Gegenteil. Wohl selten ist ein Programmentwurf so einmütig „verrissen“ worden wie das Fachinformationsprogramm auf dem zweiten Wissenschaftler-Hearing im September 1984. Und immerhin waren damals anwesend: *Henrichs, H. Zimmermann, Szyperski, Wersig, Canisius, Kuhlen, Steinmüller, Krause, Rehfeld, D. Zimmermann/CIBAGEIGY, Lustig, Bock, Lenders, Gaus, Rehm*. Resümieren wir unter Verwendung der eigenen Aufzeichnungen (der Ministeriale wird für solche „Veröffentlichungen“ Verständnis haben) die wesentlichen Punkte, die sich in erster Linie auf den Vorentwurf bezogen, aber auch für die Endfassung gelten, da sich in der Grundtendenz nichts mehr geändert hat:

Dies sei kein Programm, sondern ein INKA-Förderungskatalog (INKA = Informationssystem Karlsruhe) bzw. ein Finanzierungsplan für einige sonst nicht genutzte Fachinformationszentren; es sei keine konzeptionelle Struktur zu erkennen, kein Funke an Innovativität oder Kreativität; konzeptionelle Führerkraft sei nicht zu erkennen; das Programm reduziere die Fachinformation vorschnell und ohne Not auf eine *enge* Informationswirtschaft; es fehle ein Szenario für den Gesamtzusammenhang von Information in einer modernen Gesellschaft. Insgesamt: das, was die informationswissenschaftliche Forschung tue und wofür sie sich interessiere, sei am wenigsten im Programm zu finden. Es beschwöre eine Identitätskrise zwischen Wissenschaft und Förderpolitik.

Die politische Antwort damals: Die Wissenschaft hat sich geäußert, aber nicht die wissenschaftliche Sicht (das, was möglich und sinnvoll ist) zähle, sondern das, was jetzt machbar sei. Es sei keine Zeit für Konzeptionen. Nach den gescheiterten Weltverbesserungsvorschlägen (des IuD-Programms!?) sei die *mangelnde* Programmatik in Kauf genommen worden. Das Programm sei programmatisch machbar. „Wir wollen nicht Verständnis, sondern Aktionen.“ Aber, man wolle die Konfrontation zu einem fruchtbaren Dialog umdeuten, man sei offen für sachliche Vorschläge. Ob der Minister von diesem „Dialog“ gewusst hat? Und was - wäre er Teilnehmer dieser Sitzung gewesen - hätte dies für Konsequenzen gehabt?

In seiner eigenen Vorstellung des Programms in cogito2/1985 hält der Minister nichts von programmatischer Bescheidenheit. Das Programm sei ein „Meilenstein für die Fachinformationspolitik. Die Infrastruktur für die Fachinformation der Zu-

kunft in der Bundesrepublik Deutschland wird in diesem Programm gestalterisch in Angriff genommen. Fachinformation als Produktionsfaktor der Volkswirtschaft gewinnt hiermit politische Dimension“ (*Riesenhuber*: 1985, S.10).

Versuchen wir im folgenden diesen Widerspruch zwischen Kritik und Selbstdarstellung näher zu begreifen. Sicherlich können Qualität und Erfolge eines staatlichen Förderprogramms nicht von der Akzeptanz der vom Programm angesprochenen Wissenschaftler abhängig gemacht werden (insofern sind die durchaus positiven Zustimmungserklärungen aus der Informationspraxis, z.B. *Kroll*: 1985, mit Blick auf das BMFT auch *Schuhmacher*: 1985, mindestens genauso wichtig; vgl. allerdings dagegen *D. Zimmermann*:1984); jedoch wird sich auf Dauer das Zurückweisen von Argumenten aus wissenschaftlicher Sicht rächen. Wissenschaftler müssen sich von Berufs wegen mit Planungen und Konzeptionen beschäftigen und sollten dafür kompetent sein - das Ministerium hat ohne Not auf diese Hilfe verzichtet.

Zwar hat wohl die GID partiell mitformuliert; im Prinzip spiegelt der Text aber das Fachinformationsweltbild des zuständigen Referenten wider, gebrochen zumal durch die in einem solchen Prozess immer nötigen Kompromisse und Angleichungen an die Vorstellungen der anderen Ministerien, vor allem des Wirtschaftsministeriums. Obgleich der Text durch umfangreiches Detailwissen besticht, für das die GID und die offiziellen und inoffiziellen Fachinformationszentren intensive Zuarbeit haben leisten müssen, ist er doch kein Ergebnis systematischer Politikberatung. Hearings sind sinnvolle aber keineswegs ausreichende Instrumente politischer Planung.

Was sind nun die Positionen des Fachinformationsprogramms, und welche Positionen sind nicht vertreten? Man geht nicht fehl in der Annahme, dass das Gutachten des Präsidenten des Bundesrechnungshofs als Beauftragter der Bundesregierung für die Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung von 1983 die Formulierungen und Positionen des Fachinformationsprogramms wesentlich beeinflusst hat. Benutzen wir diese kritischen Punkte grob als Leitfaden und gehen wir auf einige ausführlicher ein.

1. Marktprinzip - Subsidiaritätsprinzip

Der Verdacht, zu starkes staatliches Engagement habe die Entwicklung eines leistungsfähigen Marktes verhindert, hat zur wirtschaftspolitischen Grundsatzentscheidung geführt: „Im Rahmen der sozialen Marktwirtschaft ist Produktion und Vertrieb von Fachinformation in der Regel Aufgabe der privaten Wirtschaft und unterliegt damit der privaten Initiative“ (BMFT: 1983, S.2; BMFT: 1985, S. 15; *Riesenhuber*: 1985, S.9).

Es ist schwierig, auf die wirtschaftspolitischen Aspekte detaillierter einzugehen. Nach der Diskussion in der Literatur, z.B. *Lenk*:1984a und b; *Goebel*, J.W.; *Schadt*, D.; *Schwuchow*, W. (1984), dürfte klar sein, dass Staat oder Wirtschaft keine sinnvolle Alternative auf dem Gebiet der Fachinformation ist. Auch eignet sich das oft bemühte *Subsidiaritätsprinzip* (Handeln des Staates aus übergeordneten gesellschaftlichen Gründen) rechtspolitisch kaum zur Rechtfertigung unterlassenen oder vorgesehene Handelns. Stärker Marktprinzipien zu vertrauen und damit Privatinitiative zu ermutigen, ist eine politische Entscheidung und hat nichts mit fachinformationellem Naturrecht zu tun.

Sinnvoll - und inzwischen wohl auch allgemein anerkannt - ist es, keine allgemeingültigen Aussagen auf dem Gebiet zu versuchen, sondern den Einzelfall zu untersuchen. Auf jeden Fall sollte systematisch zwischen dem Gebiet der wissenschaftlich-technischen Information, der Wirtschaftsinformation und der staatlichen Fachinformation unterschieden werden (*Goebel*, *Schadt*, *Schwuchow*: 1984; *Stroetmann*: 1985). Die Fragen nach staatlicher oder Marktzuständigkeit, nach der Preisgestaltung für Informationsprodukte, nach angemessenen Marketingstrategien, nach Erfolgskontrolle u.a. stellen sich je nach Gebiet sehr unterschiedlich und müssen entsprechend unterschiedlich beantwortet werden. Von einem insgesamt weitgehend privatwirtschaftlich organisierten Informationsmarkt zu sprechen, ist absurd und führt sehr schnell zu Widersprüchen, z.B. bei der Gebührenpolitik.

2. Probleme bei den Hosts

Zuweilen ist es ganz lehrreich zu sehen, wie das Einhalten der reinen Lehre durchaus auch in einen Zielkonflikt mit einem anderen Prinzip, nämlich Stärkung der Leistungsfähigkeit des deutschen Host-Angebots auf dem Weltmarkt, geraten kann. Der Scientific Technical Network (STN)-Verbund (INKA/Karlsruhe-CAS/Columbus - später JICST/Tokio) wird ja als ein (wenn auch etwas hemdsärmelig durchgeführter) Erfolg der Fachinformationspolitik gefeiert. Schon wurde in INKA der eine deutsche repräsentative Host gesehen, der endlich auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig ist. Dazu passt es nun gar nicht, dass das Fachinformationssystem Technik (FIZ Technik) aus dem bisherigen INKA-Verbund auschert und ab Mitte 1986 seine Datenbanken bei DATASTAR in Bern auflegt, also eine Kooperation mit dessen Gütersloher Partner Bertelsmann eingeht.

Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Informationswirtschaft sei - so sonst marktkonforme Kritiker der Abspaltung - durch diese Zersplitterung gefährdet. Der Staat, der sich doch sonst zurückhalten sollte, müsse eingreifen. Da ist es dann schon ein Lehrstück, wenn aus dem Wirtschaftsministerium (im Zitieren des Fachinformationsprogramms) klar darauf hingewiesen wird, dass die Bundesregierung darauf verzichte „Produktions- und Angebotsstrukturen im Markt für Fachinformation in bestimmte Bahnen zu lenken“ (S. 16). Die Politik denke nicht daran, auf geschäftspolitische Entscheidungen Einfluss zu nehmen, wenn, wie im Fall von FIZ Technik, im Verbund mit DATASTAR und Bertelsmann bessere Entwicklungs- und Absatzchancen gesehen werden (*Genth*:1985), zumal die Fachinformationssysteme gehalten seien, mit eigener unternehmerischer Initiative die Eigenfinanzierung so weit wie möglich voranzutreiben. Und sicherlich passe für die Zielgruppe von FIZ Technik (Klein- und Mittelindustrie) und für die Inhaltsausrichtung auf wirtschaftsrelevante Daten ein privater Träger als Host besser in die Landschaft als ein weitgehend staatlich geförderter Host mit einem sehr auf naturwissenschaftliche Gegenstände ausgerichteten Datenbankangebot. Ein gewisses Bevorzugen der binnenwirtschaftlichen und wenig weltmarktorientierten Sicht von Seiten des Wirtschaftsministeriums ist dabei allerdings nicht zu verkennen (vgl. *Schumacher*:1985).

Was im Fall von INKA der Staat gestaltend anvisiert, soll im Fall von FIZ Technik durch Privatinitiative erreicht werden. Dies ist kein Grund zur Hämme, der Fachinformationsmarkt ist eben nicht auf eindeutige Prinzipien festzulegen. Trotzdem wäre eine zumindest mittelfristig planende Host-Konzeption schon erwünscht. So einfach, wie es der Bundesrechnungshof mit der Konzentration auf zwei Hosts (INKA und Deutsches Institut für medizinische Dokumentation und Information (DIMDI)) ansah, scheint es nicht zu sein. Die Miniaturisierung auch der Datenbanken verwaltenden Technologie macht viele Konstellationen möglich (vgl. *Stroetmann*; 1985).

3. Schwerpunkte des Programms

Der Kritik des Rechnungshofes, der ursprüngliche flächendeckende Ansatz des IuD-Programms sei zu ambitiös und zu unrealistisch gewesen, wird mit dem Setzen der folgenden Schwerpunkte (vgl. BMFT: 1985, S. 18ff.; *Czermak*:1985; *Riesenhuber*:1985;) begegnet:

(1) Produktion und Herausgabe von Fachinformation (insgesamt 405 Millionen DM vorgesehen)

(1.1) Fachliteratur und Volltextbanken

Neue Akzente setzten hier die Projekte zum Elektronischen Publizieren, zur Patentdatenbank, zu JURIS und zum Labor für das Elektronische Publizieren.

(1.2) Faktensammlungen und Faktenbanken

Entgegen der Empfehlung des Rechnungshofs, aber wohl zu Recht engagiert sich das Programm sowohl für mehr statische Werkstoffdaten und Wirtschaftsinformationen als auch für dynamische Auswertungsprogramme, z.B. für Messdaten. Aus den vielen Vorhaben ragen die Faktenbanken für die organische (Beilstein) und anorganische Chemie (Gmelin) heraus.

(1.3) Hinweisdienste und Hinweisbanken

Sieht man von den neuen Hinweisbanken in der Informatik ab, so dient das Programm hier eher der Konsolidierung bestehender Systeme.

(2) Angebot der elektronischen Fachinformation (insgesamt 124 Millionen DM vorgesehen)

Das Angebot soll vor allem durch den Ausbau von „STN-International“, aber auch durch den Ausbau des Angebots von DIMDI sowie durch die Verknüpfung mit dem deutschen Forschungsnetz verbessert werden. Die letztere Anbindung ist vor allem für den (Nicht-)Markt der Forschung unerlässlich.

(3) Nutzung der Fachinformation (insgesamt 304 Millionen DM vorgesehen)

In diesem Abschnitt sind die noch etwas vagen Vorstellungen zur Weiterentwicklung des Informationsbewusstseins und zu weiteren Modellversuchen zur Informationsvermittlung untergebracht. Hoffentlich können die Vorschläge zur Ausweisung von Haushaltsmitteln für die Nutzung von elektronischer Fachinformation verwirklicht werden. Ein Großteil des Geldes wird weiter für die Verbesserung der Zusammenarbeit von Verlagen, Buchhandel, Fachinformationszentren und Bibliotheken ausgegeben werden, sprich: es wird wohl in das Bibliothekswesen abwandern.

(4) Informationswissenschaft (106 Millionen DM vorgesehen)

Bezüglich der universitären Informationswissenschaft begnügt sich das Programm mit dem Verweis auf die Zuständigkeit der Länder und der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG). Der Programmteil (4) ist also keinesfalls ein neues Förderprogramm Informationswissenschaft an den Hochschulen; vielmehr sollen weitgehend anwendungsorientierte Forschungs- und Entwicklungsprojekte gefördert werden, wobei Kooperationen mit potentiellen späteren Nutzern der zu entwickelnden Produkte besonders ermutigt werden. Zur Problematik einer vor-schnell auf Anwendungen bezogenen wissenschaftlichen Förderpolitik vgl. *Kuhlen*; 1985. Im einzelnen sollen gefördert werden: Untersuchungen zu Produktinnovationen (Aufbau von Faktenbanken, wissensbasierte Frage-Antwort-Systeme und Expertensysteme) und Verfahreninnovationen (Elektronisches Publizieren Integration betriebsinterner und betriebsexterner Fachinformation, rechnergestützte Übersetzung, z.B. EUROTRA).

(5) Internationale Zusammenarbeit

Dieser Teil ist eine good-will-Erklärung, internationale Kooperationen beim Aufbau von Informationsbanken und bei ihrer Nutzung einzugehen und die wissenschaftliche Zusammenarbeit in den entsprechenden internationalen Organisationen fortzusetzen.

4. Keine Lösungen für die Infrastrukturprobleme

Den Hinweis des Rechnungshofs auf die Wichtigkeit infrastruktureller Maßnahmen, z.B. bei der Konsolidierung der GID oder bei der Förderung der Ausbildung, hat das Programm bislang nicht politisch kreativ oder konstruktiv umsetzen können. Wesentliche Ziele des Programms sind damit langfristig gefährdet, weil zum einen die für den Transfer von Wissenschaft und Praxis erforderliche Instanz fehlt (das sollte die GID sein; sie ist dazu aber nicht in die Lage versetzt worden, und die jetzigen Bemühungen sind nicht sehr ermutigend), zum anderen nicht in ausreichendem Umfang qualifiziertes Personal bereitsteht. Im Programm wird eher halbherzig (wenn im Prinzip auch nicht unrichtig) auf die Zuständigkeiten der Länder und der Deutschen Forschungsgemeinschaft verwiesen.

5. Fixierung auf den Online-Markt

Schon die allgemeine Begründung für ein staatliches Engagement trotz prinzipieller Marktzuständigkeit von Privaten wird über den 2-Prozent-Anteil der Bundesrepublik am Online-Markt geführt. Das Programm kann dann durch eine fast durchgängige Fixierung auf den Online-Markt charakterisiert werden. Der Anhang zum Programm zeigt schließlich überdeutlich, wo die Bundesregierung die Akzente setzen will. Auf 24 Seiten (75-98) wird eine höchst informative und bislang so nicht offene Statistik der Online-Nutzung und ihrer Rahmenbedingungen ausbreitet. Die internen Zahlen werden wohl glaubwürdig sein aber die Fragwürdigkeit von Zahlen über den internationalen Informationsmarkt sollte nicht einmal zum Versuch der Legitimation politischen Handelns verleiten. Bei den Zahlen, Umsatz Bundesrepublik 1984 81.5 Mill. US-Dollars gegenüber 3445.4 in den USA, läuft man Gefahr, gänzlich Inkomparables zu vergleichen, hier den durch

einen (zu Recht) engen Begriff definierten bundesrepublikanischen Fachinformationsmarkt mit einem allgemeinen Online-Markt in den USA.

Das bedingungslose Setzen auf ein Ausweiten des Online-Angebotes erscheint insgesamt als eine zu eindimensionale Strategie. Das Programm nimmt die gegenwärtige Technologie quasi als naturgegeben hin. Qualitative Durchbrüche (z.B. durch Teilautomatisierung des Input, durch Einsatz neuer Wissensrepräsentationstechniken über das Thesaurus-Prinzip hinaus, durch Verbesserung des Dialogkomforts bzw. der Retrievalsprachen allgemein, z.B. auch durch graphische Techniken, durch pragmatisch konzipierte Benutzermodelle, durch partiellen Übergang zu wissensbasierten Systemen) werden nicht angestrebt. Auch die geplanten Verbesserungen im Volltextbereich und beim Elektronischen Publizieren ändern im Prinzip nichts an dem bestehenden Paradigma des heutigen kommerziellen Information Retrieval. Anstatt auf Innovation durch Imitation (der amerikanischen Online-Industrie) zu setzen, sollte verstärkt eigene Verfahrens- und Produktinnovation gefördert werden. Hier ist das Programm zu vorsichtig. Die Politik hätte hier Chancen zur Stimulation von Innovation, das ist die Realisierung von marktfähigen Produkten, nutzen sollen.

6. Enger Informationsbegriff

Die allgemeine Tendenz, Information primär als Ware und als Produktivkraft zu sehen, verhindert die Entwicklung einer umfassenderen Informationspolitik. Der Rechnungshof hatte die Notwendigkeit der Neuformulierung der Fachinformationspolitik unnötigerweise selber weitgehend auf die Alternative „öffentlicher Infrastruktur oder Teilmarkt“ reduziert. Die ökonomische Sicht des Programms grenzt andere Aspekte weiter aus. Das stiefmütterliche Behandeln sozial- und geisteswissenschaftlicher Information im weiteren Sinne ist nur ein Indiz. Darüber hinaus fehlt im FI-Programm jedes Verständnis für die Bedeutung von Information als politisch-emanzipativer oder auch sozial-kritischer Faktor. Und überhaupt nicht wird die Sprengkraft der gesellschaftlichen Bedeutung auch von Fachinformation gesehen, die z.B. das Verfassungsgerichtsurteil zur Volksbefragung mit dem Begriff der informationellen Selbstbestimmung aufgeworfen hat.

7. Vernachlässigung neuerer Typen von Informationssystemen

Die sicherlich wissenschaftsmethodisch eher konservative Position des Bundesrechnungshofs (Beschränkung auf die klassische Dokumentation) ist im Programm nur partiell (durch Faktendatenbanken, Elektronisches Publizieren) überwunden worden. Die Möglichkeiten der Entwicklung wissensbasierter/intelligenter Informationssysteme werden nur ansatzweise (als erlaubter Forschungsgegenstand der Informationswissenschaft) gesehen.

8. Keine Perspektive für Informationsmanagement

Die erwähnte Beschränkung auf die klassische Dokumentation hat das BMFT nur bestärkt, die Perspektive der Informationsverarbeitung in Organisationen - in der Informationswissenschaft weltweit unter dem Thema „Informationsmanagement“ diskutiert - weiterhin auszublenden, obgleich der Umgang mit Information zu professionellen Zwecke in organisationellen Umgebungen den Begriff der Fachinformation plausibler macht als die bisherigen individualistischen oder marktorientierten Definitionsversuche (Kuhlen: 1984).

9. Kein „freedom of information act“

Die ordnungspolitische Sicht des Rechnungshofs (der Staat dürfe und müsse natürlich Dokumentationssysteme und Datenbanken für seine eigenen administrativen und politischen Zwecke erstellen, die Öffnung zum Markt sei allerdings problematisch) wird nur ansatzweise, z.B. durch die Herauslösung von JURIS aus dem Justizministerium, durchbrochen. Die grundsätzlichere Frage, inwieweit die Bürger, die Daten dem Staat zur Verfügung stellen, selber Nutzungsrechte daran haben sollen, bleibt ausgeklammert. Ein Entwurf wie das amerikanische „freedom of information act“ fehlt immer noch.

10. eher angebots- als nachfrageorientiert

Nach wie vor ist die Gesamtstrategie des Fachinformationsprogramms eher angebots- bzw. informationssystemorientiert. Es fehlt eine Strategie, die Nachfrage von Information in den großen Bereichen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik/Verwaltung zu stimulieren bzw. die Bedeutung von Information zur

Absicherung des jeweiligen Handelns überhaupt erst einsichtig zu machen. Der Vorsatz, in den öffentlichen Haushalten Gelder für Informationszwecke, z.B.: für eine Online-Nutzung, vorzusehen, ist ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Zusammenfassung

Das Programm besticht durch Klarheit in der Gliederung und weitgehend auch in den Formulierungen, durch Prägnanz, Kürze und Materialreichtum. Es folgt der (implizit formulierten) Empfehlungen des Rechnungshofes, sich stärker auf die Dokumentations- und Informations-Tradition zu besinnen. Und diese ist zurzeit weitgehend vom Informationsbanken-Markt dominiert. Insofern hat das Programm den Zeitgeist des politisch Aktuellen und auch des Dringlichen partiell erfasst. Ob aus Überzeugung, Mangel an Einsicht oder politischer Opportunität - die ad-hoc-Programmatik hat zu sehr Oberhand gewonnen. Das Programm ist beschränkt ein Programm. Das gesamte Gebiet der Information („Information“ durchaus im Sinne der Informationswissenschaft, nicht im technischen Verständnis der Informatik) in einer modernen Gesellschaft umfasst es nicht.

Es fehlen aus wissenschaftlich-methodischer Sicht Fragen und Antworten, die sich z.B. aus dem Umfeld wissensbasierter Informationsverarbeitung ergeben; Konsequenzen, die sich daraus für eine sich entwickelnde Wissensindustrie auch in mittlerer Perspektive ergeben, können nicht gezogen werden. Hier ist das Programm zu konservativ und vorsichtig, die Perspektive innerorganisationeller Informationsverarbeitung (Informationsmanagement sowohl in öffentlichen Verwaltungen als auch in produzierenden und Dienstleistungsunternehmen) wird nicht gesehen. Die soziale und politische Sprengkraft von Information in einer mündig gewordenen oder auch informationell bedrohten Gesellschaft wird unterschätzt oder nicht beachtet. Der ökonomisitsche Grundansatz schneidet kreative Bereiche der Fachinformation (z.B: der Geistes- und Sozialwissenschaften) heraus, die in längerer Sicht bei einem sich veränderndem Verhältnis von Freizeit und Beruf die Basis für neue Informationsprodukte sein können.

Gewiss und noch einmal, die freie Feder des Hochschullehrers unterliegt anderen Zwängen als die einer Ministerialbürokratie. Trotzdem: Die Bundesregierung

wäre gut beraten, die Formulierungen des Fachinformationsprogramms nicht als programmatische Antwort auf die Herausforderungen des Informationszeitalters zu begreifen. Hier bleibt politischer Planungsbedarf bestehen.

Das engere Gebiet der der Dokumentation entwachsenen Fachinformation darf sich unter dem Primat der Informationsbanken und der allgemeinen Elektronisierung der Produktion, des Vertriebs und der Nutzung von Information weiter im politischen Aufwind wähen und ihn genießen und ihn hoffentlich auch nutzen.

Quellen

BMFT (1975): Programm der Bundesregierung zur Förderung der Information und Dokumentation (IuD-Programm) 1974-1977

BMFT (1982): BMFT-Leistungsplan Fachinformation. Planperiode 1982-1984

BMFT (1983): Stellungnahme der Bundesregierung zum Gutachten des Präsidenten des Bundesrechnungshofes als Bundesbeauftragter. für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung

BMFT (1985): Fachinformationsprogramm 1985-88 der Bundesregierung. (Engl. Fassung: Specialized Information Programme of the Federal Government 1985)

Bundesrechnungshof (1983): Der Präsident des Bundesrechnungshofes als Bundesbeauftragter für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung: Gutachten über die Fachinformation in der Bundesrepublik. April 1983. VII 1-90-30-2.

Literatur

Briefs, U.; Eich, P.; Grosse, U.; Englert, M.; Mahnkopf, P.; Müller, H.; Schmidt, H.; Scholz, H.-W. (1984): Die aktuelle Bedeutung der Fachinformation für Wirtschaft, Wissenschaft und Politik. Das Inforum Nr. 18, April, S.4-5

Canisius, P. (1985): Den Informationsnutzer aufschließen. Interview mit Diebold. In: Diebold Management Report Nr. 11, S. 6ff.

Czermak, J. (1985): New trends in specialised information policy within the Federal Republic of Germany (Manuskript Bonn 10/1985; Vortrag auf der EUSIDIC-Konferenz 1985)

Genth, P. (1985): Auf Schwerpunkte konzentrieren. Interview mit Diebold. In: Diebold Management Report Nr. 11, S. 8ff.

Goebel, J.W.; Schadt, D.; Schwuchow, W. (1984): Zum Verhältnis von Staat und Privatwirtschaft im Bereich Fachinformation. Gutachten vom 27. August 1984. GID = Beiträge und Berichte Reihe A Nummer 5. Frankfurt 1985

Kroll, H. (1984): Das geplante Fachinformationsprogramm 1985-1988. Zur Diskussion über eine neue Fachinformationspolitik. Blick durch die Wirtschaft Nr. 51, 12.2.1984

Kuhlen, R. (1983): Warnung vor wissenschaftlicher Kurzatmigkeit. Zu einem Bericht des Bundesrechnungshofs zur Situation der Fachinformation. Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 163 vom 18.7.1983, S. 7

Kuhlen, R. (1984): Informationserarbeitung in Organisationen. Zur Rekonstruktion der Notwendigkeit eines Informationsmanagements in öffentlichen Verwaltungen und privaten Unternehmungen. In: R. Kuhlen (Hrsg.): Koordination von Informationen. Die Bedeutung von Informations- und Kommunikationstechnologien in privaten und öffentlichen Verwaltungen. Proceedings IX. Verwaltungsseminar Konstanz. 5.-7. Mail 1983. Informatik-Fachberichte 81. Springer: Berlin 1984, S. 1-25

Kuhlen, R. (1985): Verwissenschaftlichung von Information. Schwierigkeiten bei der Implementierung des IuD-Forschungsprogramms „Informationswissenschaft“. Berichte der Informationswissenschaft Konstanz 4/85 (auch in: W. Bruder (Hrsg.): Forschungs- und Technologiepolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1986)

Lenk, K. (1983): Anforderungen der Kommunikationsrechte an die Fachinformationsversorgung. In: UFITA-Archiv für Urheber-, Film-, Funk- und Theaterrecht, Band 96, S. 5-39

Lenk, K. (1984a): Fachinformationsversorgung als öffentliche Aufgabe. In: R. Kuhlen (Hrsg.): Koordination von Informationen. Die Bedeutung von Informations- und Kommunikationstechnologien in privaten und öffentlichen Verwaltungen. Proceedings IX. Verwaltungsseminar Konstanz, 5.-7. Mai 1983. Informatik-Fachberichte 81. Springer: Berlin 1984, S. 336-347

Lenk, K. (1984b): Staat oder Markt in der Fachinformationsversorgung - eine irreführende und wenig durchdachte Alternative. Das Inforum, Nr. 18, April 1984, S. 1-3

Marloth, H. (1985): Probleme der Fachinformationspolitik der Bundesrepublik Deutschland. Vortrag auf der 7. Frühjahrstagung der Online Benutzergruppe der DGD vom 11.-13. März 1985. Frankfurt DGD Schrift 5/85, S. 229-253

Matner, H.-J. (1985): Informationsverhalten und Informationsmarkt. In: Nachr. f. Dokum. 36 (1985) Nr. 4/5, S. 214.221.

Ockenfeld, M.; Rehfeld, W. (1983): Die eigene Position in einem weiten Umfeld; Erfordernisse künftiger IuD-Politik. Nachr. f. Dokum. 35, Nr. 6, S. 267-273

Rehfeld, W. (1986): Fachinformationsprogramm 1985-1988 der Bundesregierung. In: Umschau Heft 1, S. 60-61 (Teil 1); Heft 2, S. 115 (Teil 2)

Riesenhuber, H. (1985): Fachinformationsprogramm 1985-1988. In: Cogito 2, S. 8-11

Schuhmacher, D. (1985): Misswirtschaft mit Wirtschaftsdatenbanken. Informations- und Dokumentationspolitik in der Sackgasse. Blick durch die Wirtschaft Nr. 224, 22.11. 1985

Schwuchow, W. (1982): Fachinformation und Marktwirtschaft. Vortrag auf der Fachtagung „L'informatique documentaire et l'information économique“, Paris, 18 et 19 Octobre 1982, 16 S.

Stroetmann, K.A. (1985): Fachinformation und Markt: kritische Anmerkungen zu einer auf ökonomische Aspekte reduzierten Diskussion. Vortrag gehalten auf dem Deutschen Dokumentartag 1985 in Nürnberg am 3.10.1985

Ulbricht, H.W. (1985): Informationen - Wissen - Können - Handeln. In: Cogito, 1, S. 3

Zusätzlich wurden die folgenden Stellungnahmen zu Vorentwürfen und zur Endfassung des Fachinformationsprogramms ausgewertet, die lediglich als Manuskripte vorlagen: *D. Zimmermann* (Wehr 9/1984); *J. Krause* (Regensburg 1/1984 und 2/1984); *H. Zimmermann* (Saarbrücken 8/1984); *W. Schwuchow* (Frankfurt am Main 2/1984); *G. Wersig* (Berlin 1/1984); *M. Hauer* (Konstanz 12/1985); Stellungnahme GID-Betriebsräte (Frankfurt am Main 1/1986); *Kroll* (Interview Tagungszeitung DGD-Tagung 1985; Göttingen 1985).